

10. Wahlperiode

18.12.1987

## Antrag

der Fraktion der SPD

### EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

- Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670 -

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Der Landtag nimmt den in der Kohlerunde am 11. Dezember 1987 vereinbarten Kompromiß, wie er im Kommuniqué der Beteiligten festgeschrieben ist, zustimmend zur Kenntnis. Er stimmt der Ersteinschätzung der IG Bergbau und Energie zu den Ergebnissen der Kohlerunde zu.

Der Landtag bekräftigt: Angesichts der großen Probleme und der absehbaren Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl darf die Politik sich nicht darauf beschränken, diesen Prozeß nur sozial zu flankieren. Für die Zukunft der Montanregionen kommt es vor allem darauf an, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihren Beitrag leisten. Die von der Landesregierung vorgelegte "Zukunftsinitiative Montanregionen" ist dabei ein wichtiger Beitrag des Landes.

Der Landtag unterstützt die Absicht der Landesregierung, mit der Verwirklichung konkreter Projekte im Rahmen der "Zukunftsinitiative Montanregionen" so schnell wie möglich zu beginnen. Er geht davon aus, daß die "Zukunftsinitiative Montanregionen" auf diejenigen Regionen ausgedehnt wird, die vom Kapazitätsabbau im Steinkohlenbergbau besonders betroffen sind.

Datum des Originals: 18.12.1987/Ausgegeben: 18.12.1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 38, zu beziehen.

Der Landtag erwartet, daß die Bundesregierung ihrer grundgesetzlichen Verpflichtung nach Artikel 91 a und 104 a Abs. 4 GG nachkommt und weitere eigenständige finanzielle Hilfen leistet.

Prof. Dr. Farthmann  
und Fraktion